

Pressemitteilung

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linkefraktion-mkk.de

03. August 2010

LINKE begrüßt Entscheidung des Kommunalen Centers für Arbeit Bürgerarbeit ist Zwangsbeschäftigung zu Armutslöhnen

"Mit der Bürgerarbeit führt die Bundesregierung ein qualitativ neues Repressionsinstrument gegen Erwerbslose ein", erklärt Andreas Müller Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE. "Die für die örtlichen Modellprojekte ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden sich dabei in einem geschlossenen System wieder, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt und an dessen Ende Zwangsbeschäftigung steht", so Müller weiter. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass sich der Main-Kinzig-Kreis und das KCA nicht für diese Modellprojekte beworben hat und daran nicht teilnimmt."

Faktisch erarbeiteten sich die Betroffenen ihre Sozialleistungen selbst, denn die Höhe des Bürgerarbeitslohns liege im Regelfall nicht über Hartz IV-Niveau. Es sei armselig, dass die Bundesregierung angesichts der Armutslöhne von der Notwendigkeit spricht, tarifliche Regelungen zu beachten. Wie die Regierung (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN zum Thema Bürgerarbeit (BT-Drs. 17/2574) jetzt selber zugebe, habe sie dabei aber keine fairen und seriösen Tarifverträge vor Augen, sondern hält alles für denkbar, was sich im Entferntesten auch nur irgendwie mit Tarifen in Verbindung bringen lässt, etwa die Dumping-Tarifverträge der christlichen Gewerkschaften oder eine dubiose einzelvertragliche Bezugnahme auf einen wie auch immer gearteten Tarifvertrag. „Damit soll dann der Armutslohn der Bürgerarbeit tariflich geadelt werden. Dieses Verständnis beschmutzt das hohe Gut der Tarifautonomie und der Sozialpartnerschaft in Deutschland“, so der Landratskandidat der LINKEN Andreas Müller.

Hinzu komme, dass die Einrichtung von Bürgerarbeitsplätzen wird, wie zuvor die Ein-Euro-Jobs, reguläre Beschäftigung verdrängen, da keine ernsthafte Prüfung zu erwarten sei, mit der Wettbewerbsverzerrungen und Missbrauch ausgeschlossen werden könnten. Hier müsste eigentlich ein Aufschrei der mittelständischen Firmen zu hören sein. Laut Bundesregierung sollen 34.000 Bürgerarbeitsplätze eingerichtet werden. Die Konzepte der Grundsicherungsstellen enthielten jedoch keinerlei Aussagen zu konkreten Arbeitsplätzen, so dass auch gar keine Prüfung erfolgen konnte. Hier wird das Pferd von hinten aufgezäumt und es zeigt sich die Sinnlosigkeit des Konzepts, so Müller. Eine künftige Prüfung würde unter dem Zwang stehen, alle geplanten Plätze nur noch abzunicken.

„Arbeitsmarktpolitisch tut die Bundesregierung mit der Bürgerarbeit genau das Falsche. Statt Langzeiterwerbslose, deren Zahl in den letzten Monaten kontinuierlich gestiegen ist, weiterzubilden und zu qualifizieren, damit sie ihre Erwerbslosigkeit beenden können, werden sie unter Androhung von Sanktionen aufs Abstellgleis Bürgerarbeit geschoben“, deshalb war es auch die richtige Entscheidung des KCA, diese Form von Beschäftigung abzulehnen und sich nicht für ein Modelprojekt zu bewerben, so Müller abschließend.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller